Mitteilung:

Die Untere Landschaftsbehörde des Rhein-Sieg-Kreises ist seit Mitte 2006 in der o.g. Angelegenheit tätig. Damals trat die Biologische Station des Rhein-Sieg-Kreises an die ULB heran und bat sie, in dieser Sache aktiv zu werden. Die Landschaftsbehörde sieht sich hier als koordinierende und informierende Stelle, um alle beteiligten Akteure im Rhein-Sieg-Kreis - insbesondere die Städte und Gemeinden und die Gewässerunterhaltungsträger – zu einer gemeinsamen Strategie zu bewegen.

Folgende Aktivitäten wurden durchgeführt:

- a. 1. Besprechung am 15.11.2006 im Kreishaus mit allen Beteiligten.
- b. Kartierung der Herkulesstaudenbestände durch die Biologische Station des Rhein-Sieg-Kreises mit Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Sieg-Kreis im Jahre 2007
- c. Erstellung eines Flyers über die Herkulesstaude im März 2007 sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- d. 2. Besprechung am 31.10.2007 im Kreishaus mit allen Beteiligten
- e. Erwirkung einer Ausnahmegenehmigung nach § 6 Pflanzenschutzgesetz für den gesamten Rhein-Sieg-Kreis (mit Ausnahme der Gewässer- und Gewässerufer)
- f. 3. Besprechung am 06.11.2008 im Kreishaus mit allen Beteiligten

Die bisherigen Anstrengungen führten dazu, dass die Pflanze in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden konnte. Die Bürger haben sich aktiv an der Erfassung der Bestände beteiligt. Auf der anderen Seite ist bei den Bürgern eine hohe Erwartungshaltung hinsichtlich der Zurückdrängung der Herkulesstaudenbestände entstanden.

Aus der Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes ist eine Zurückdrängung der Herkulesstaude wünschenswert. Durch die rasante Ausbreitung ist die biologische Vielfalt gefährdet. Andererseits gibt es keine klaren Vorgaben auf Bundes- bzw. Landesebene, so dass die jeweilige Region sich eine eigene Strategie überlegen muss.

Ein Schwerpunkt des Vorkommens der Herkulesstaude ist das Naturschutzgebiet „Siegau“. Hier treten besonders die Siegufer und Flächen im Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen – Wasserwirtschaftsverwaltung – mit großen Herkulesstaudenbeständen hervor. Im Sommer 2008 wurde ferner eine Bereisung mit dem MUNLV – Herrn Dr. Verbücheln – durchgeführt. Das MUNLV möchte in dieser Frage keine Vorgaben geben, sondern ermuntert die Region, eigene Strategien zu entwickeln, mit der Herkulesstaude umzugehen.

In der Praxis zeigt sich, dass bisher nur geringe Aktivitäten in Sachen Zurückdrängung der Herkulesstaude durchgeführt werden. Die Städte und Gemeinden konzentrieren sich auf bestimmte Gefahrenpunkte z. B. auf Schulen und Kindergärten. Auch die Gewässerunterhaltungsträger sehen besondere Aufgaben im Bereich von Gefahrenpunkten (z. B. Gewässer begleitende Wege). Alle Beteiligten weisen auf Personalprobleme hin.

Eine wirksame Zurückdrängung der Herkulesstaude kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten konstruktiv und intensiv zusammenarbeiten. Ferner müssen personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden.

Die Bezirksregierung – Höhere Landschaftsbehörde - bat die Beteiligten am 06.11.2008, ein konkretes Maßnahmenkonzept zu erarbeiten. In der Besprechung am 06.11.2008 konnte leider kein konkretes Maßnahmenkonzept vereinbart werden.

Für das Siegtal sollte folgende Lösung angestrebt werden:

1. Die Bezirksregierung Köln als Gewässerunterhaltungsträger der Sieg und Eigentümer großer Flächen im Siegtal drängt die Herkulesstaude auf den Flächen im Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen – Wasserwirtschaft – und den Gewässerufeln zurück.
2. Die Herkulesstaudenbestände auf den übrigen Flächen werden im Auftrag der Unteren Landschaftsbehörde möglichst durch Landwirte oder zu beauftragende Firmen zurückgedrängt.
3. An den Nebengewässern und der Agger übernimmt der Aggerverband bzw. der Wasserverband des Rhein-Sieg-Kreises die Aufgabe der Zurückdrängung der Herkulesstaudenbestände.
4. Die Städte und Gemeinden übernehmen die Zurückdrängung der Herkulesstaudenbestände außerhalb der o.g. Gewässer und der Naturschutzgebiete.

Für die Zurückdrängung der Herkulesstaudenbestände sollten beim Land Nordrhein-Westfalen entsprechende Fördermittel beantragt werden.

Dem Umweltausschuss zur Kenntnisnahme